

"Sozial- und Arbeitsmarktpolitik"

Beschluss der LDK 10./11. Mai 2003 in Hameln

Mit der AGENDA 2010 macht die rot-grüne Bundesregierung den Versuch, den Fehlstart in die Legislaturperiode zu korrigieren. Sie verspricht, mit dem vorgelegten Katalog der Veränderungen die gravierende Wachstumsschwäche und die stetig steigende Massenarbeitslosigkeit wirksam bekämpfen zu können.

Unterm Strich aber ist heute schon klar, die AGENDA 2010 wird nicht reichen, um den Sozialstaat zukunftsfähig zu machen. Wenn dieses Paket verabschiedet wird, werden wir trotzdem auf dem Arbeitsmarkt einen schwierigen Sommer und einen Winter mit Zahlen von 5 und mehr Millionen Erwerbslosen erleben mit allen dramatischen Folgen für Staats- und Sozialkassen. Das spricht nicht gegen die Agenda, macht aber die Dramatik der Situation deutlich. Diese Ehrlichkeit ist für rot-grün überlebenswichtig. Der Eindruck, von Krise zu Krisenmaßnahme zu stolpern, darf sich nicht weiter verfestigen. Man erinnere sich da an die Prophezeiung vor der BT-Wahl, wie viele Arbeitsplätze Hartz jetzt schon bringe und verknüpfe sie mit der Erfahrung der Hartz-Umsetzung, wo erst einmal Beschäftigung durch Einbrüche im 2. Arbeitsmarkt und in Fort- und Weiterbildung verloren gehen.

Die Agenda 2010 ist eine bunte Mischung aus aktuellen Notmaßnahmen und perspektivischen Reformschritten, die bei den Notmaßnahmen die Frage aufwerfen, für wie lange das wohl reicht und beim perspektivischen Teil die Grundfrage, wo es hin gehen soll, kaum beantwortet. Zentrales Problem ist aber, dass einige notwendige Schritte fehlen.

Nur zu geringen Teilen enthält sie auch zukunftsweisende Ansätze zur Weiterentwicklung des Sozialstaates und der Neuausrichtung des Verhältnisses Bürger/Sozialstaat hin zu mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung.

Gerade Bündnis 90/Die Grünen müssen sich für eine Agenda 2010 einsetzen, mit der der Sozialstaat wirklich zukunftsfähig gemacht wird. Die Maßnahmen müssen sich daran messen lassen, ob sie tatsächlich zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führen, und ob sie es schaffen, die Sozialsysteme so umzubauen, dass sie langfristig finanzierbar bleiben, und das Solidarsystem weiter aufrechterhalten. Dies kann nicht gelingen, indem die auf uns zu kommenden Lasten einseitig auf die Schwächsten abgewälzt werden.

Hier ist es besonders grüne Aufgabe, die notwendigen Maßnahmen und Ziele stärker zu formulieren, teils auf der Grundlage längst gefundener grüner Positionen, teils in notwendiger Weiterentwicklung:

Die LDK stellt fest, dass die AGENDA 2010 an einigen Punkten erheblich verbesserungsbedürftig ist, um dem Anspruch einer über den Tag hinaus gerichteten Politik (2010!) und den Anforderungen an einen modernen Sozialstaat gerecht zu werden.

Deshalb fordert die LDK die Bundestagsfraktion auf, die Vorschläge der sozialpolitischen Kommission von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Sozial ist nicht egal" in den zentralen Punkten im Regierungshandeln umzusetzen.

Sie fordert konkret die grüne Bundestagsfraktion auf:

- deutlich zu machen, dass aufgrund der demographischen Entwicklung die gesetzliche Rentenversicherung künftig in erster Linie zur Grundsicherung im Alter beitragen wird.
- sich dafür einzusetzen, dass die Sozialversicherungen weiterentwickelt werden zu einer Bürgerversicherung, die von allen Bürgern, auch den Beamten und Selbstständigen

entsprechend ihrer finanziellen Leistungskraft und unter Berücksichtigung aller Einkommensarten eine solidarische Beteiligung einfordert

- sich dafür einzusetzen, dass in einem ersten Schritt - auch um eine gerechtere Lastenverteilung innerhalb der AGENDA 2010 zu erreichen - für neue Beamte das System der besonderen Fürsorge- und Versorgungsleistungen beendet wird zugunsten einer Eingliederung in die Sozialversicherungssysteme sowie die Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze weiter angehoben werden
- den mit der Hartz-Reform begonnenen Weg der Modernisierung der Arbeitsverwaltung fortzusetzen, dabei aber nicht weiter die Illusion zu verbreiten, mit diesen Maßnahmen sei kurzfristig ein drastischer Rückgang der Arbeitslosigkeit verbunden. Da auch nach erfolgreicher Umsetzung der Hartz-Vorschläge und nach einer Absenkung der Lohnnebenkosten unter 40% mehrere Millionen Menschen ohne bezahlte Arbeit sein werden, setzen sich Grüne für den Aufbau eines geförderten Beschäftigungssektors mit hoher Durchlässigkeit zum 1. Arbeitsmarkt ein.
- sich dafür einzusetzen, dass zur Stärkung der Generationengerechtigkeit zur Mitfinanzierung von Pflege und Betreuung im Alter eine angemessene Anhebung der Erbschaftsteuer vorgenommen wird, zugleich aber Vermögen zum Aufbau der Alterssicherung bei ALG II Beziehenden zu schonen
- sich, orientiert am Leitbild einer eigenständigen Absicherung von Frauen, dafür einzusetzen, dass der Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben und in den sozialen Sicherungssystemen bei der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen entgegengewirkt wird. Dies betrifft insbesondere die Definition der Erwerbsfähigkeit und den damit ggf. verbundenen Verlust des Anspruchs auf einen Großteil der Arbeitsförderungsleistungen
- sich dafür einzusetzen, dass sehr rasch vor dem Hintergrund der extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit, des weiteren Rückgangs des Lehrstellenangebotes und des in wenigen Jahren rapide zunehmenden Fachkräftebedarfs umgehend die betriebliche Erstausbildung über branchenbezogene Umlagesysteme finanziert wird.

Die geplante radikale Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und die damit einhergehende deutliche Verschlechterung der Situation von Arbeitslosen über 47 Jahre lehnen wir ab und fordern die Beibehaltung einer Stufenregelung für ältere ArbeitnehmerInnen. Es kann nicht akzeptiert werden, dass 50-jährige ArbeitnehmerInnen, die viele Jahre Beiträge für die Arbeitslosenversicherung geleistet haben, nur den gleichen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben sollen wie bedeutend jüngere, die zudem noch weitaus bessere Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt besitzen.

Auch die angedachten Veränderungen im System des Kündigungsschutzes werden die Zugangsmöglichkeiten von Arbeitssuchenden zu Erwerbsarbeit nicht erhöhen. Die Erfahrungen der letzten Jahre und alle Untersuchungen haben gezeigt, dass der Abbau von Kündigungsschutz die Arbeitslosigkeit nicht mindert. Weder die Erhöhung des Schwellenwertes für die Anwendung des Kündigungsschutzes auf Kleinbetriebe, noch eine veränderte Gewichtung von sozialen und betrieblichen Aspekten bei Entlassungen oder die Möglichkeit flexibler Anwendung kündigungsschutzrechtlicher Bestimmungen auf Neueinstellungen werden arbeitsmarktpolitische Auswirkungen haben.

Bei allen Reformen haben wir darauf zu achten, dass die ArbeitnehmerInnen nicht zu Gunsten der ArbeitgeberInnen einseitig belastet werden. Vorschläge für eine weitere Aufweichung der Parität in der Sozialversicherung lehnen wir daher ab; auch ständige Ausweitung von Zuzahlungen oder privat zu versichernden Risiken lehnen wir ab.

Wir bekräftigen, dass wir an der Notwendigkeit der Einführung einer bedarfsdeckenden Grundsicherung und Kindergrundsicherung festhalten.

Für die Einführung des ALG II fordern wir für den Personenkreis, dessen Ansprüche nach dem bisherigen ALHi-Recht über dem Sozialhilfeanspruch liegen würden, die Einführung einer Stufenregelung, um den Übergang zu erleichtern. Vermögen und Wohneigentum, das dem Aufbau der Alterssicherung dient, soll bei ALG-II-BezieherInnen geschont werden. Auf das Einkommen oder das Vermögen von Eltern bzw. Kindern darf nicht zugegriffen werden. Außerdem soll sich die Ausgestaltung des ALG II am Leitbild der eigenständigen Absicherung von Frauen orientieren. Dies betrifft sowohl die Definition der Erwerbsfähigkeit als auch die Frage der Nichtanrechnung von Partnereinkommen.

Den mit der Ökosteuer beschrittenen Weg, die Sozialversicherungssysteme zunehmend auch über Steuern zu finanzieren, wollen wir fortführen. Es bedarf es eines Umbaus des deutschen Steuersystems. Es war richtig die Einkommenssteuern für kleine und mittlere Einkommen zu senken und es ist ebenso richtig sich weiter massiv an den Abbau der unzähligen Steuerprivilegien, die vor allem Leute betreffen, die auch viel zu versteuern haben, zu machen. Das schafft soziale Gerechtigkeit und baut das Gefühl der Ungerechtigkeit und Undurchschaubarkeit im aktuellen Steuerrecht ab.

Um aber nicht auf Schulden oder Sozialabbau zu setzen, muss die Finanzkraft des Staates auch durch indirekte und Gerechtigkeitssteuern erhöht werden. Eine Mehrwertsteuererhöhung, die vor allem die Geringverdiener und den privaten Konsum trifft, wäre hier völlig falsch. Besser ist es, gezielt mit den indirekten Steuern auch umweltpolitisch zu lenken und damit das gesamtwirtschaftliche Volksprodukt qualitativ zu verbessern. Wir sind der Auffassung, dass zur Stärkung der Generationengerechtigkeit zur Mit-Finanzierung von Pflege und Betreuung im Alter eine angemessene Anhebung der Erbschaftssteuer vorgenommen werden muss.

Die LDK begrüßt ausdrücklich die Absicht der Bundesregierung, mit der Revitalisierung der Gewerbesteuer, der Stärkung der kommunalen Investitionskraft und die Entlastung der Kommunen von den Kosten der Arbeitslosigkeit die Leistungsfähigkeit der Kommunen wiederherzustellen, damit diese wieder einen aktiven Beitrag für mehr Beschäftigung leisten können. Die LDK erwartet, dass sich die grüne Bundestagsfraktion in den anstehenden Beratungen über die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und bei der Gemeindefinanzreform für eine Gesamtlösung zu Gunsten der Kommunen einsetzt.

Die in den letzten Jahren aufgebaute kommunale Beschäftigung nach dem Bundessozialhilfegesetz (bundesweit zwischen 250.000 und 400.000 SozialhilfeempfängerInnen) muss ausgebaut werden und weiterhin bei den Kommunen verbleiben. Nur so können auch vermehrt Angebote zur Integration für Langzeiterwerbslose ermöglicht werden. Die dort erworbenen hohen Kompetenzen bei der Beratung, Vermittlung und dauerhaften Integration müssen genutzt und ausgebaut werden. Die Finanzierung dieser Aufgabe darf allerdings nicht länger allein von den Kommunen getragen werden.